

SPD demokratischer pressediens

P. XXV/182

28. September 1970

Progressiv wird ganz klein geschrieben

Der "Deutschlandtag" der Jungen Union
der CDU/CSU

Seite 1 und 2 / 100 Zeilen

Im Umweltschutz muß gehandelt werden

Sofortprogramm ist durch ein Basisprogramm
zu ergänzen

Von Dr. Hans-Ulrich Brand SPD-MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für
Jugend, Familie, Gesundheit

Seite 3 und 4 / 100 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Oberbürgermeister der Bundesrepublik

Seite 5 und 6 / 71 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 696 646/886 847/
696 646 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Progressiv wird ganz klein geschrieben

Der "Deutschlandtag" der Jungen Union der CDU/CSU

Jürgen Echternach, Bundesvorsitzender der Jungen Union, charakterisierte den Jugendableger der CDU/CSU in seinem Eröffnungsreferat mit den Worten: "Das Bild von der Jungen Union als einer Plakatklebekolonie oder einer erfolgreichen personalpolitischen Pressure-Group, einem Absicherungsverein auf Gegenseitigkeit, stimmt nicht mehr."

Er wurde zwar an dieser Stelle mit Applaus bedacht, was jedoch "die jungen Leute, die den Qualitätsstempel auf der Stirn tragen" - so beliebte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Barzel in seiner immer wieder von demonstrativem Beifall unterbrochenen Ansprache dem Parteinachwuchs zu schmeicheln -, nicht davon abhielt, im Verlauf des Kongresses eben jenes opportunistische Image zu bestätigen.

So wurde bei der Abstimmung über die wichtigste Frage, die Mitbestimmung, von der progressiven Kinderheitsgruppe aus den Landesverbänden Rheinland, Hamburg und Saar, die selbst am Modell der Sozialausschüsse beziehungsweise der Montanindustrie orientierte Anträge vorgelegt hatten, geheime Abstimmung verlangt, weil man sich davon ein besseres Ergebnis versprach. Die Auszählungsergebnisse schienen dem Recht zu geben; während der Antrag auf geheime Abstimmung nur 42 Stimmen auf sich vereinen konnte, votierten dann in der Sache 56 Delegierte für die Anträge. Das kann ja wohl nur so verstanden werden, daß es in der Jungen Union nicht wenige gibt, die ihre Aufstiegschancen in der rechten Mutterpartei nicht durch ein allzu progressives Image schmälern wollen. Nur im stillen Kämmerlein, wo keiner zuschaut, kann man dann seiner Überzeugung gemäß votieren.

Bei einer solchen Fixierung auf die konservativen Unionsparteien ist es nicht verwunderlich, daß dieser "Jugendverband" eher Angst vor der Jugend zu haben scheint. Die Anträge, das Eintrittsalter auf 14 oder 15 Jahre zu senken, erhielten nicht die notwendige qualifizierte Mehrheit, trotz eines sich über mehrere offene und geheime Abstimmungen hinziehenden Hickhacks, was einen Delegierten zu der treffenden Feststellung veranlaßte, daß einem Teil der Jungen Union anscheinend der Kontakt zu bestimmten sozialen Gruppen verloren gegangen sei.

Dies ist schon wegen des Alters der Delegierten nicht verwunderlich. Der optische Eindruck ließ auf ein Durchschnittsalter von eher über 30 Jahren schließen. Das äußere Erscheinungsbild der Delegierten war entsprechend; Avantgardismus kam höchstens verschämt in den Krawatten zum Vorschein. So konnte schon vom Äußeren her nicht der Verdacht aufkommen, es handle sich um eine Gruppe von jungen Menschen, die leidenschaftlich um politische Probleme ringen und um Positionen kämpfen, von denen aus sie ihre Konzeptionen verwirklichen können. Summa summarum: fortschreitendes Establishment.

Es ist nicht Böswilligkeit des Chronisten, wenn er sich so

lange bei Äußerlichkeiten aufgehalten hat; sie spielten auf dem Braunschweiger "Deutschlandtag" eine weit größere Rolle als die Auseinandersetzung mit sachlichen Problemen. Wichtige bildungspolitische Anträge, wie z.B. zur Berufsbildung, wozu sich die Junge Union nicht nie verbindlich geäußert hat, konnten überhaupt nicht mehr diskutiert und verabschiedet werden, weil es die Mehrheit der Delegierten für wichtiger hielt, ein Referat des Parteivorsitzenden Kiesinger zur allgemeinen politischen Lage zu hören, obwohl man in den Wandelgängen wie auch in der kritischen Diskussion nach der etwas müden Rede des Exkanzlers feststellen konnte, daß sein Ansehen bei der Jungen Union gleich Null zu veranschlagen ist.

In der Bildungspolitik scheint die Junge Union zwar ihrer Partei voraus zu sein, der allgemeinen Fachdiskussion jedoch hinkt sie hinterher. Ein Antrag zur Schulpolitik veranlaßte einen Delegierten unter Beifall zu der Feststellung, daß die Jungdemokraten ein solches Programm schon 1966 verabschiedet hätten; dies seien doch "alte Schlapper".

Am positivesten war noch die ausführliche Diskussion über die Mitbestimmung im Arbeitskreis I "Weiterentwicklung der Demokratie im wirtschaftlichen Bereich", die hauptsächlich von den Delegierten aus dem Rheinland bestritten wurde. Alle Teilnehmer schienen ihren Biedenkopf genau studiert zu haben. Die Frage wurde wirklich bis zum Kern der politischen Problematik diskutiert: Befürworter wie Gegner der qualifizierten Mitbestimmung gaben zu, daß es sich hier neben der sozialetischen Komponente auch um eine Machtfrage handele. Wenn dann das Plenum des "Deutschlandtages" dennoch einen Antrag beschloß, in dem, orientiert am Modell des Biedenkopf-Kommission-Berichts, das Übergewicht der Anteilseigner im Aufsichtsrat garantiert ist, so wird erkennbar, zu wessen Gunsten die Junge Union diese Machtfrage entscheidet.

Immerhin wurde deutlich, daß die Diskussion um dieses zentrale Thema der Gesellschaftspolitik nun auch die CDU/CSU voll ergriffen hat, was für die Zukunft hoffen läßt, denn die besseren Argumente hatten in Braunschweig eindeutig jene, die nachher (noch?) in der Minderheit geblieben sind.

Am unergiebigsten war die Arbeit des Kongresses auf dem Sektor des Arbeitskreises II "Weiterentwicklung der Demokratie im öffentlichen Bereich", der sich eigentlich nur zu einem vorsichtigen Eingehen auf die Pressekonzentration entschließen konnte, die gefährliche Klippe Axel Cäsar Springer jedoch dadurch umschiffte, daß er nur vom Problem "regionaler" Konzentration sprach. Als dieses Wort im Plenum gestrichen werden sollte, kam es zu einer Situation, die stark nach Manipulation roch. Zunächst war eine Mehrheit für Streichung, bei einer Wiederholung der Abstimmung schienen die meisten Delegierten jedoch begriffen zu haben, worum es ging: Der Antrag wurde abgelehnt. Springer konnte mit diesem "Deutschlandtag" zufrieden sein.

Bleibt zu resümieren, daß die CDU/CSU in dieser Jungen Union keinen progressiven Jugendverband hat, der sie zur Diskussion wirklich neuer politischer Konzeptionen zwingt, sondern eine Sammlung der halbwegs Etablierten, die sich lediglich bemühen, das Image der Partei aufzupolieren.

Dr. Uwe Janssen

Im Umweltschutz muß gehandelt werden

Sofortprogramm ist durch ein Basisprogramm zu ergänzen

Von Dr. Hans-Ulrich Brand SPD-MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

Die Tatsache, daß die Bundesregierung schon im ersten Jahr nach der Bundestagswahl 1969 ein Sofortprogramm zum Schutz vor Gefahren, die unsere Umwelt lebensgefährdend bedrohen, verkündet hat, verdient Anerkennung.

Immerhin ist die Regierung Brandt die erste deutsche Regierung, die den Schutz unseres Lebens auf diesem Gebiet so ernst nimmt, daß sie es nicht bei Einzelmaßnahmen beläßt, sondern ein ganzes Programm vorlegt. Dieses trägt zu Recht den Namen "Sofortprogramm", da es nur Punkte enthält, die für eine sofortige Lösung reif sind.

Das Programm der Bundesregierung ist als erster Schritt einer Reihe von Maßnahmen anzusehen, die folgen müssen. Das Bundeskabinett war sich bei der Beratung des Programms nicht nur dessen bewußt, sondern sah darüber hinaus voraus, daß Einzelmaßnahmen, auch wenn sie in einem Programm zusammengefaßt sind, auf Dauer das Umweltproblem, das in den Ursachen tiefer liegt, nicht bewältigen können. Es bedarf eines integrierten Umweltkonzepts, das als Basis für weitreichende einzuschlagende Schritte unerlässlich ist.

So jedenfalls verstehe ich die Ankündigung der Regierung, bis spätestens April 1971 ein umfassendes Programm vorzulegen. Daß diese Vermutung nicht fehlgeht, kann auch der Haushaltsrede unseres Bundesfinanzministers vom 23. September 1970 entnommen werden, in der er das Grundprogramm zu den Umweltfragen ausdrücklich genannt hat.

Worauf es jetzt ankommt, ist folgendes:

Genau so zielstrebig wie die Bundesregierung ein Jahr an ihrem Sofortprogramm gearbeitet hat, um das in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 gegebene Versprechen zum Umweltschutz zu realisieren, sollte sie unter Integrierung des vorgelegten Sofortprogramms bis zum Frühjahr nächsten Jahres das Basisprogramm erstellen. Dabei steht es ihr frei, bis zu diesem Zeitpunkt ein zweites Sofortprogramm zu konzipieren, soweit das in Teilbereichen möglich ist. Die Tatsache, daß Maßnahmen zum Umweltschutz den Bundesetat belasten, vielleicht sogar in einem Ausmaß, das jeden Rahmen sprengt, steht dem nicht entgegen.

Es gibt Maßnahmen, die den Bundeshaushalt nicht belasten müssen, wenn man das Prinzip anerkennt, daß alle diejenigen Lasten anteilig tragen müssen, die auf einem bestimmten Sektor unsere Umwelt gefährden. Dieses Prinzip ist nicht identisch mit dem Verursachungsprinzip, an dem jeder Umweltschutz grundsätzlich orientiert sein sollte. Das Verursachungsprinzip besagt, daß derjenige die Kosten trägt, der die Verschmutzung oder Gefährdung unserer Umwelt verursacht.

Bundesländer und Gemeinden dürfen ihre Pflicht zur Daseinsvorsorge nicht restriktiv interpretieren. Auch sie sind aufgerufen, das ihre zu tun und sind dem Bürger dafür verantwortlich. Daß Bund, Länder und Gemeinden in der Vergangenheit ihrer Aufgabe nicht ge-

recht geworden sind, beweist die Tatsache, daß die Gefährdung unserer Umwelt von Jahr zu Jahr zugenommen hat.

Diejenigen, die in absehbarer Zeit eine Katastrophe voraussagen, weil sie es für ausgeschlossen halten, daß unsere Welt den vielfältigen und ständig steigenden Ansprüchen unserer Gesellschaft "angesichts der zu schnell steigenden Umweltbelastungen", wie es die Bundesregierung formuliert hat, noch gerecht werden kann, haben mit den Optimisten sicher eins gemeinsam: Die Sorge, daß gehandelt werden muß.

Die Bundesregierung braucht sich mit Recht nicht zu den Pessimisten zu zählen, denn sie hat nicht zu verantworten, was andere vorher versäumt haben, aber das entbindet sie nicht von der Pflicht nachzuholen, was nachgeholt werden kann.

Neben Einzelmaßnahmen ist das in erster Linie ein Basiskonzept, das ihre Vorstellungen mit denen der Bundesländer und Gemeinden koordiniert. Dabei wird es insbesondere auf die Raumordnung ankommen. Umweltgefahren kennen keine Ländergrenzen. Sollte die optimale Koordination an einzelnen Bundesländern scheitern, was angesichts des Verhaltens von CDU/CSU-Ländervertretern im Bundesrat in der Vergangenheit, z.B. in Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes, nicht auszuschließen ist, dann sollte sie nicht kapitulieren, sondern über den Kopf des Bundeslandes hinweg im Rahmen der gegebenen rechtlichen Möglichkeiten politisch entscheiden. Die betreffende Landesregierung wird es sich sehr wohl überlegen, ob sie verantworten kann, mit ihrem Nein zur nächsten Landtagswahl anzutreten.

So kommen wir z.B. in der Raumordnung nicht umhin, das Bundesgebiet als Ganzes zu sehen und zu entscheiden, welche Gebiete Wohn-, Industrie- oder Erholungsflächen sein sollen. Die vorhandenen Erholungsflächen werden jedenfalls im Jahre 2000 erschöpft sein, zum Teil sind sie das, wie z.B. punktwise an Nord- und Ostsee und in der Lüneburger Heide, schon heute.

Wie will der Staat dann das Grundrecht des Bürgers auf Gesundheit, verbunden mit dem Anspruch auf Erholung, gewährleisten? Kann es eine Regierung verantworten, vorhandene und künftige stadtnahe Erholungslandschaften dadurch zunichte machen zu lassen, daß die Gemeinden einen Wettlauf um Industrieansiedlung veranstalten, nur deswegen, weil die Gewerbesteuer ihre Haupteinnahmequelle ist? Hier ist in der Vergangenheit schon genug gesündigt worden, nicht nur auf Bundesebene.

Das angesprochene Basisprogramm darf auch auf internationale Aspekte nicht verzichten, ebensowenig auf innerdeutsche. Was z.B. die DDR auf dem Gebiet des Natur- und Landschaftsschutzes vorzuweisen hat, ist einer Studie wert. Vielleicht lassen sich gerade auf diesem Sektor, der eines Ideologienstreites nicht unbedingt zugänglich ist, mehr Kontakte zum Osten knüpfen, als auf anderen Gebieten. Den Vorwurf, nicht genug versucht zu haben, darf die Bundesregierung auf keinen Fall auf sich ziehen.

Der Bundesregierung ist auf ihrem sicher dornenreichen Weg in die Zukunft des Umweltschutzes weiterhin eine gute Hand zu wünschen. Sie kann sicher sein, daß der Bürger ihr mehr Verständnis und sogar Bereitwilligkeit, Lasten zu tragen, entgegen bringt, als mancher Vertreter im Bundesrat.

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Oberbürgermeister der Bundesrepublik

I/ Städte mit über 250.000 Einwohnern

a/ SPD-Oberbürgermeister in

- | | |
|-------------------|-----------------------------|
| 1. Berlin | Klaus Schütz |
| 2. Hamburg | Prof. Dr. Herbert Weichmann |
| 3. München | Dr. Hans-Jochen Vogel |
| 4. Köln | Theo Bursuen |
| 5. Essen | Horst Katzor |
| 6. Düsseldorf | Willi Becker |
| 7. Frankfurt/M. | Walter Möller |
| 8. Dortmund | Heinrich Sondermann |
| 9. Bremen | Hans Koschnick |
| 10. Hannover | August Holweg |
| 11. Nürnberg | Dr. Andreas Urschlechter |
| 12. Duisburg | Arnold Masselter |
| 13. Wuppertal | Gottfried Gurland |
| 14. Bochum | Fritz Claus |
| 15. Gelsenkirchen | Josef Löbbert |
| 16. Kiel | Günther Banzer |
| 17. Wiesbaden | Rudj. Schmitt |

b/ CDU-Oberbürgermeister in

- | | |
|--------------|-----------------|
| 1. Bonn | Peter Kraemer |
| 2. Karlsruhe | Otto Dullenkopf |

c/ Parteilose Oberbürgermeister in

- | | |
|--------------|------------------|
| 1. Stuttgart | Dr. Arnulf Klett |
| 2. Mannheim | Dr. Hans Reschke |

II/ Städte mit 100.000 bis 250.000 Einwohnern

a/ SPD-Oberbürgermeister in

- | | |
|-----------------|------------------|
| 1. Oberhausen | Luise Albertz |
| 2. Lübeck | Werner Kock |
| 3. Braunschweig | Bernhard Ließ |
| 4. Augsburg | Wolfgang Pepper |
| 5. Kassel | Dr. Karl Branner |

6. Hagen i.W.	Lothar Wrede
7. Mülheim	Heinz Hager
8. Mainz	Jockel Fuchs
9. Solingen	Heinz Dunkel
10. Ludwigshafen	Dr. Werner Ludwig
11. Bielefeld	Herbert Minnendahl
12. Freiburg i.Br.	Dr. Eugen Keidel
13. Bremerhaven	Bodo Selge
14. Osnabrück	Wilhelm Kelch
15. Darmstadt	Dr. Ludwig Engel
16. Oldenburg	Hans Fleischer
17. Remscheid	Willi Hartkopf
18. Recklinghausen	Heinrich Auge
19. Regensburg	Rudolf Schlichtinger
20. Heidelberg	Reinhold Zundel
21. Würzburg	Dr. Klaus Zeitler
22. Salzgitter	Willi Blume
23. Offenbach	Georg Dietrich
24. Göttingen	Walter Leßner
25. Leverkusen	Willi Dopatka
26. Herne	Robert Brauner
27. Wanne-Eickel	Manfred Urbanski
28. Wilhelmshaven	Johann Janßen
29. Kaiserslautern	Dr. Hans Jung
30. Heilbronn	Dr. Hans Hoffmann

b/ CDU-Oberbürgermeister in

1. Krefeld	Hansheinz Hauser
2. Münster i.W.	Dr. Albrecht Beckel
3. Mönchengladbach	Wilhelm Wachtendonk
4. Neuß	Peter Wilhelm Kallen
5. Trier	Josef Harnisch
6. Rheydt	Fritz Rahmen

c/ FDP-Oberbürgermeister in

1. Saarbrücken	Fritz Schuster
----------------	----------------

d/ Parteiloser Oberbürgermeister in

1. Koblenz	Willi-Werner Macke
------------	--------------------

Von insgesamt 59 deutschen Großstädten (I + II) haben 47 einen SPD-Oberbürgermeister, acht einen CDU-Oberbürgermeister, eine einen FDP-Oberbürgermeister und drei einen parteilosen Oberbürgermeister.